

Der deutsche Metallarbeiter.

Organ des christlich-socialen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstande.

Erscheint alle 14 Tage.

Für Mitglieder des Verbandes durch die Post gratis. — Abonnementspreis für Nichtmitglieder bei der Expedition (Duisburg, Russelfstraße 18) und bei der Post, Postzeitungspreisliste Nr. 1944 a, 66 Pfg. vierteljährlich.

Alle Zuschriften, die den Inhalt des Organs betreffen, sowie Einsendungen für dasselbe sind zu richten an den Redakteur F. Wieser, Duisburg, Poststr. 52. Inserate, Neubestellungen, Adressenänderungen und Beschwerden in der Zustellung sind an die Expedition zu richten. Insertionspreis im Voraus zahlbar, für die 4gespaltene Zeile 30 Pfg.

4. Jahrgang.

Duisburg, Sonnabend, den 20. Juni 1908.

Nr. 13.

An die Vorstände der Ortsgruppen.

Mit der diesmaligen Nummer des Organs werden die Abrechnungsformulare für das II. Quartal mit zur Versendung gelangen. Sollte eine Ortsgruppe aus Versehen keine erhalten haben, dann werden dieselben ersucht, sofort bei dem Vorstandsvorstande Wieser zu reklamieren. Ferner sind wir gezwungen zu rügen, daß bei Quartalschluß immer noch mehrere Ortsgruppen mit der Abrechnung vom 1. Quartal im Rückstande sind.

Die Vorstände sowohl wie die Mitglieder werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß jeglicher Unterstützungsanspruch solange ruht, bis die Abrechnung ordnungsgemäß erfolgt ist. Auch die Mitglieder haben die Pflicht, ihrerseits zu sorgen und darauf zu achten, daß die Abrechnung ihrer Ortsgruppe rechtzeitig erfolgt, andernfalls sie sich selbst zuschreiben haben, wenn sie Schaden erleiden müssen.

Da vom 1. Juli ab andere Betragsmarken zur Verwendung kommen, werden die Ortsgruppenvorstände ersucht, die überflüssigen alten Wochenbetragsmarken an die Zentrale zurückzusenden. Die restierenden Wochenbeiträge bis zum 1. Juli werden selbstverständlich nach den alten Marken erhoben und akzeptiert. Sollte eine Ortsgruppe bis zum 1. Juli irrtümlich keine neuen Marken zugesandt erhalten haben, dann wird ebenfalls ersucht, sofort an die Zentrale zu berichten, damit das Fehlende nachgeholt werden kann.

Aus dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektionen.

Die badische Fabrikinspektion unter ihrem herrschenden Leiter Dr. Wörtschhofer, erfreute sich bei den Arbeitern Deutschlands einer hohen Achtung. Insbesondere Herr Wörtschhofer hatte es verstanden, sich die Zuneigung aller Arbeiter zu erwerben. Ebenso gehabt darf man wohl sagen, war derselbe vielseitig bei den Arbeitgebern. An Denunziationen mancherlei Art hat es nicht gefehlt. Doch blieb derselbe als ganzer Mann seinem Standpunkte treu. Er war stets derjenige, der mit großem Freimuth die Dinge beim wahren Namen nannte, die Schäden sorgungslos offen legte, wo es nötig war. Besonders legte derselbe stets großen Wert darauf, im Verkehr mit den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zu bleiben, die er stets gerecht und objektiv beurteilte, auch dann, wenn es ihm oft verargt wurde. Die Arbeiter Deutschlands werden diesem Manne stets ein gutes Andenken bewahren.

Dem Nachfolger Wörtschhofers, Dr. Wittmann, wurde seitens der Arbeiter ein gewisses Mißtrauen entgegengebracht, was darin seinen Grund hatte, daß derselbe verschiedene Anordnungen traf, bei Beginn seiner Amtstätigkeit, welche nicht Vertrauen erweckend waren und von den sieben Beamten der Gewerbeinspektion 4 sofort ausschieden; darunter auch die bei den Arbeiterinnen beliebte Frl. Dr. v. Rißthofen. Doch dürften die Befürchtungen der Arbeiter, daß ein neuer Kurs eintreten sollte, als übertrieben angesehen werden.

Nach dem vorliegenden Bericht spricht sich auch Dr. Wittmann merklich aus über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen. Besonders wird hervorgehoben, daß mit den Vertretungen der Arbeiter der Verkehr sich leichter abwickelt, da die Anliegen der Arbeiter zumeist schon einer Vorprüfung und Sichtung unterzogen sind, ehe sie der Fabrikinspektion vorgetragen werden. Beim Verkehr mit der verhältnismäßig geringen Zahl von Arbeitern ist fast stets die Beobachtung zu machen, daß die mit der Fabrikinspektion in Verbindung stehenden Per-

sonen neben Gewandtheit im persönlichen Umgang eine bemerkenswerte Selbstständigkeit im Urteil und gute Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen besitzen. Es sei anzuerkennen, daß Sachvertretungen sich auf solcher Beweiskraft und Wunsch annehmen, die von Arbeitern an sie gerichtet werden, welche der Sachorganisation nicht angehören. Ein schlechtes Zeugnis wird den Arbeiter-Ausschüssen in den Fabriken erteilt! Davon heißt es: Dagegen drängt sich die Unwirksamkeit der Arbeiterausschüsse in den einzelnen Betrieben und ihre völlige Nullität unter dem jetzigen Wirtschaftssystem immer deutlicher zu Tage. Der Bericht gibt dafür ein sehr charakteristisches Beispiel, wenn er sagt: „Von der Tätigkeit der Arbeiterausschüsse hört man immer weniger. An vielen Orten ist die Einrichtung offenbar ganz in Vergessenheit geraten. Arbeiter einer Fabrik ersuchten die Fabrikinspektion gelegentlich, die Einrichtung eines Arbeiterausschusses bei dem Arbeitgeber anzuregen. Als dies geschah, stellte sich heraus, daß ein Ausschuss längst bestand, aber seit Jahren so wenig tätig war, daß die Arbeiter von seinem Bestehen gar keine Kenntnis hatten. Nach wiederholten Mittellungen von Fabrikanten haben die Arbeiter kein Vertrauen zu den Ausschüssen; die Ausschussmitglieder regten auch selten etwas an; in der Regel beschränkten sie sich darauf, der von dem Vertreter der Firma vorgetragene Meinung stillschweigend zuzustimmen. Diesem Verhalten mag oft die Befürchtung zu Grunde liegen, wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Arbeitgeber irgendwelche Nachteile zu erleiden.“

Unserer Erfahrung entsprechend, „befürchten“ die Arbeiter nicht bloß Nachteile, sondern sie treten in vielen Fällen tatsächlich ein, resp. sind eingetreten. Die Fabrik-Ausschüsse, die zur Zeit so als eine Art Universalheilmittel angepriesen wurden, haben vollständig versagt. Ein Beweis mehr, daß Arbeitervertretungen nur dann einen Wert haben, wenn sie eine starke Arbeiterorganisation im Rücken haben, die für alle Eventualitäten einzutreten in der Lage sind. Wir versprechen uns von diesen Arbeiterausschüssen unter den heutigen Verhältnissen absolut nichts, indem sie nicht in der Lage sind; auch entgegen dem Willen des Arbeitgebers sich Geltung zu verschaffen. Sie sind eben nur eine „geduldet“ Dekoration, wo ein jeder Vertreter, wenn ihm seine Stellung lieb ist, zu schweigen hat und auch schweigt, es sei denn, daß er im Vertrauen auf seine Gewerkschaftsorganisation den nötigen Mut schöpft.

Aus dem weiteren Berichte geht hervor, daß „im Berichtsjahre bei den Nachweisstellen an Arbeitskräften verlangt wurden 72 582 (79 397 im Vorjahre), davon 58 622 (59 521) männliche und 18 960 (19 876) weibliche. Hierdurch verminderte sich die Arbeitsgelegenheit gegen das Vorjahr um 6815 Stellen oder 8,58 Proz., und zwar für männliche Arbeitskräfte um 5899 Stellen oder 9,91 Prozent und für weibliche Arbeitskräfte um 916 Stellen oder 4,61 Proz. Dagegen wurden an Arbeitskräften angeboten 188 553 (148 268), nämlich 166 387 (129 150) männliche und 22 166 (19 118) weibliche. Das Arbeitsangebot wuchs somit im ganzen um 40 285 Gesuche oder 27,17 Prozent. Das Wachstum des Arbeitsangebotes — auf 100 verlangte Arbeitskräfte kamen im Vorjahre 186,7 im Berichtsjahre 259,8 Gesuche um Arbeit — war im wesentlichen auf den Zuspruch fremder durchwandernder Personen zurückzuführen. Bei männlichen Arbeitern zeigte sich eine beträchtlich größere Spannweite zwischen Angebot und Nachfrage als bei Arbeiterinnen. Bei letzteren kamen im Jahresdurchschnitt 116,9, bei ersteren dagegen 310,3 Arbeitsjuchende auf 100 verlangte Arbeitskräfte; im Dezember betrug das Verhältnis bei den Männern sogar 635,8 zu 100. Am ungünstigsten stellte sich das Verhältnis der Arbeitsjuchenden zu den verlangten Arbeitskräften bei den Gerbern, nämlich 1300 : 100. Auf 100 verlangte Arbeitskräfte kamen an Arbeitsjuchenden: bei den ungelerten Fabrikarbeitern 1076, bei den Buchdruckern 954, bei Eisen- und Metallbrechern 891, bei Mälzern und Bierbrauern 852, bei Schmieden 778, bei Schlossern 620, bei Fleischern 586, bei Steinhauern und Steinbrechern 490, bei Bäckern 352, bei Erdarbeitern und Tagelöhnern 339.“

Diese Zahlen stellen ein ungeheures Ueberangebot von Arbeitskräften im verfloffenen Jahre dar, namentlich bei den gelernten Arbeitern.

Die Zahl der in Baden vorhandenen Fabriken und gleichgestellter Betriebe waren nach der Zählung vom 1. Oktober 1902 9613 gegen 7728 im Vorjahre. Die Zahl der Arbeiter überhaupt: 191 099 gegen 180 445. Trotzdem die Zahl der Betriebe von 7 auf 9000 gestiegen, war die Zahl der Arbeiter noch um fast 1000 gefallen.

Von den ermittelten beschäftigten Personen entfielen auf männliche Arbeiter 123 716 gegen 123 189 des Vorjahres. Ueber 16 Jahre alte Arbeiterinnen waren 81 353 gegen 50 815 vorhanden. Jugendliche männliche Arbeiter waren 3209 gegen 3750, weibliche 7365 gegen 7346, Kinder 386 gegen 415 des Vorjahres vorhanden. Die männlich jugendlichen Arbeiter haben demnach einen besse- ren Rückgang erfahren; ebenfalls die Zahl der beschäftigten Kinder. Revidiert wurden im Berichtsjahre 2307 Betriebe gegen 2566 des Vorjahres.

Auch hieraus ergibt sich die Unzulänglichkeit der vorhandenen Beamten in der Fabrikinspektion. Also nicht einmal ein Drittel der Betriebe konnten im laufenden Jahre auch nur einmal revidiert werden. Demnach müßte die Zahl der Beamten mindestens verdreifacht werden, um wenigstens einmal im Jahre sämtliche Betriebe zu revidieren. Das ist unseres Erachtens aber auch das mindeste, was verlangt werden kann, wenn die Fabrikinspektion auch nur einigermaßen ihren Zweck erfüllen soll. Das Bestreben, aus Arbeiterkreisen Sachverständige für die Fabrikinspektion heranzuziehen, dürfte sich aus mehr als einem Grunde empfehlen.

Ueber die im verfloffenen Jahre besonders stark bemerkbare Krise wird weiter berichtet, daß „abgesehen von der Verschlechterung, welche in der Schamuckwaren-Industrie ebenfalls eingetreten ist, wurde von mehreren Uhrenindustriellen mitgeteilt, daß sie, wozu eine größere Fabrik dieser Art schon genötigt war, zu einer Herabminderung der Arbeitszeit und der Löhne schreiten mußten. Mehrere Fabriken der Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie haben im Laufe des Jahres weitere Lohnreduktionen eintreten lassen.“ Produktionsbeschränkungen sind gleichfalls in der Tabakindustrie zu verzeichnen. „Wiederholt waren Gehehrigkeiten darauf zurückzuführen, daß Arbeiter ihre Kinder, die wegen ihres Alters von der Beschäftigung ausgeschlossen waren oder nur für beschränkte Zeit zugelassen werden dürfen, ohne die ausdrückliche Einwilligung des Arbeitgebers zu ihrer Unterstützung mitbrachten, um einen infolge Verminderung der Arbeitsdauer oder des Arbeitslohnes eingetretenen Verdienstmangel möglichst wieder einzubringen. Wie aus einzelnen Aufzählungen zu entnehmen ist, sehen die Eltern in ihren Kindern ein Kapital, aus dem ein Teil des Familieneinkommens fließen soll.“ Auch Fragen, die auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter Bezug haben, und in denen sonst häufig Rat nachgesucht wurde, sind im Berichtsjahre selten zu Tage getreten, da der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse auf beiden Seiten das Interesse von Dingen fernhält, die nicht mit den unmittelbaren Bedürfnissen des Tages im engen Zusammenhang stehen.“ Der enge Zusammenhang zwischen der Zahl der in der Industrie beschäftigten verheirateten Frauen und der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterbevölkerung ließ sich in einer großen Korsettfabrik deutlich erkennen. Die Firma, welche neben durchschnittlich 300 Fabrikarbeiterinnen etwa 100—150 Arbeiterinnen in der Heimindustrie beschäftigt, machte die Beobachtung, daß sich mit dem Rückgang der Industrie in den letzten Jahren in auffallend großer Zahl verheiratete Frauen für Heimarbeit anbieten. Der Inhaber der Fabrik hat nun festgestellt, daß die um Zulassung von Heimarbeit sich bewerbenden Arbeiterinnen in überwiegender Zahl solche sind, deren Männer keine Arbeit oder einen geringeren Verdienst als früher haben. In Uebereinstimmung mit der Tatsache, daß durch die gewerbliche Krise die Metall- und Maschinenindustrie besonders stark betroffen wurde, war der Zubrang von Frauen von Metallarbeitern dort herrschend.“

Es ist unzweifelhaft eine unbestreitbare Tatsache, daß Frauen- und Kinderarbeit nur eine Folge der schlechten wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes ist. Überall, wo Frauen- und Kinderarbeit mit an der Tagesordnung ist, dort ist der Mann allein nicht in der Lage, die Familie zu ernähren. Durch das angeführte Beispiel wird diese Wahrheit aufs neue bestätigt. Weiter wird berichtet, daß die Erfahrung bestätigt habe, daß eine angemessene Verringerung der Arbeitszeit die Produktionsfähigkeit der Arbeiter an sich nur gesteigert habe. So versuchten es eine Anzahl Zigarrenfabriken mit einer Verminderung der Arbeitszeit, mußten aber sehr bald dazu übergehen, die Produktionsmenge selber auf ein ganz bestimmtes Maß beschränken, weil die Arbeiter trotz der verkürzten Zeit das alte Quantum produzierten. „Die gleiche Erfahrung hat auch eine Fabrik der Metallindustrie gemacht, als sie im Vorjahre die Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden auf 9 1/2 Stunden verkürzte; schon nach wenigen Wochen trat ein Produktionsausfall nicht mehr ein. Die Firma hat sich nunmehr zur dauernden Beibehaltung der verkürzten Arbeitszeit entschlossen.“ Neben der Verkürzung der Arbeitszeit gingen ständliche Lohnrückereien, die zum Teil in dem System der Lohnzahlung ihren Grund hatten. So fand sich in einer Uhrenfabrik ein Gruppenakkordsystem in der Weise, daß der Gesamtlohn für die von der Gruppe zu leistende Arbeit mit dem Gruppenführer vereinbart wurde. Diesem blieb überlassen, ob er im Zeit- oder im Stücklohn die Arbeit von den Arbeitern einer Gruppe ausführen lassen, und wie hoch er in jedem Falle den Lohnsatz bemessen wollte. Er selbst zahlte an die Arbeiter der Gruppe den Lohn aus. Aus den Lohnbüchern der Fabrik konnte in einigen Fällen ein auffallendes Mißverhältnis zwischen dem Verdienst des Gruppenführers und dem der übrigen Arbeiter festgestellt werden, woraus auf eine ungebührliche Ausnutzung der letzteren durch den Gruppenführer geschlossen werden mußte! „Eine typische Umgehung des Paragraphen 115 der Gewerbeordnung wurde in einer Zigarrenfabrik festgestellt, ohne daß es möglich war, dagegen einzuschreiten. Der Inhaber der Fabrik, der zugleich einen Kramladen betreibt, veranlaßte die Arbeiter, bei ihm einzukaufen. Da er wegen unzulässigen Kreditierens bereits vorbestraft war, gibt er jetzt den Arbeitern Barvorschüsse, mit denen die Waren bezahlt werden.“ „Sehr niedrige Löhne wurden in der Eisenindustrie für Militärverkleidung im strengen Konstant festgestellt. Für das Annähen von 32 Knöpfen und die Herstellung von 32 Knopflöchern werden 80 Pfg. bezahlt, wovon noch ein Abzug von 8 3/4 Pfg. für Garn stattfindet. Das Geschäftshaus kann aus Rücksicht auf noch niedriger zahlende Konkurrenzunternehmen höhere Löhne nicht bezahlen. Eine Firma in Rassel soll für die bezeichnete Arbeit sogar nur 45 Pfg. ausgeben. Es wäre jedenfalls wünschenswert, daß die Militärverwaltung bei der Vergabe solcher Arbeiten einer derartigen Ausbeutung durch eine Vertragsklausel vorbeugen möchte.

Ferner hebt der Bericht hervor, daß vielfach die Bundesrätlichen Verordnungen betreffs der Arbeiterinnen umgangen werden, teilweise sogar auf Wunsch der Arbeiterinnen selbst. Besonders wird noch erwähnt: die teilweise schlechte Ernährung vieler Volksmassen. Wie kann es auch anders sein, da die Löhne im Vergleich zu den übrigen teuren Lebensverhältnissen in keinem richtigen Zusammenhang stehen. Die bairische Fabrikinspektion weiß, wie begreiflich ist, in ihrem Bericht nichts gutes zu melden. Immerhin ist es hoch anzuerkennen, daß die Dinge wahrheitsgetreu geschildert und der Öffentlichkeit übergeben werden. Der erste Schritt zur Besserung ist bekanntlich ~~immer~~ ^{„Einige“}.

Augsburg.

Die Bittgesuche von Arbeitern seitens der Fabrikanten beantwortet werden, davon hier ein drastischer Beweis. Bekanntlich haben sich die Fabrikanten in Pirmasens, Herbolzheim und auch anderswo, mit Vertretern von Organisationen zu unterhandeln; bei solchen Gelegenheiten wird immer betont: laßt die Arbeiter selbst an uns herantreten, dann werden wir unterhandeln usw. Arbeiter der Augsburger Maschinenfabrik glaubten nun, im obigen Sinne der Fabrikanten zu handeln, indem sie sich an die Direktion wendeten mit der Bitte um eine kleine Lohnaufbesserung in folgendem Schreiben:

„An Hochwöbliche Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G., Werk Augsburg. Die ergebenst unterzeichneten Schmiedehelfer erlauben sich einer hochgeehrten Direktion folgende Bitte zu unterbreiten bezw. dieselbe einer hochgeehrten Direktion zur wohlwollenden Erwägung zu empfehlen. Eine hochgeehrte Direktion möchte: 1. die Minimalhöhe der Akkordlöhne für die Schmiedehelfer in der Hammer Schmiede auf 4,50 Mark festsetzen, 2. den Tagelohn auf 3,80 Mk. erhöhen. Wir erlauben uns hierzu zu bemerken, daß der jetzige Lohnsatz, welcher für die Schmiedehelfer im Akkord Anwendung findet, zu denjenigen Lohnsätzen, nach welchen die Feuer-Schmiede bezahlt werden, nicht in dem Verhältnisse steht, welches der Billigkeit und Gerechtigkeit entspricht. Vor ca. 15 Jahren mag diese Art Lohnberechnung, wie sie heute gehandhabt wird, der Gerechtigkeit entsprechen haben; denn damals hatte der Schmiedehelfer Aussicht, in zwei bis vier Jahren zum Feuerschmied befördert zu

werden. Auch hatte der damalige Lohn einen höheren Kaufwert als der heutige. Heute liegen die Verhältnisse jedoch wesentlich anders. Die Schmiedehelfer müssen zehn bis zwölf und mehr Jahre warten, bis sie zum Feuerschmied befördert werden. Zudem werden, wie ein Fall vom 16. März beweist, noch Feuerschmiede eingestellt, trotzdem in der Hammer-Schmiede verschiedene Helfer vorhanden sind, welche sich hierzu eignen würden, so daß dem Helfer die bedenkliche Aussicht erwächst, niemals mehr vorrücken zu können. Da aber gerade der Beruf eines Schmiedehelfers ein so furchtbar anstrengender und aufreibender ist, so ist leicht begreiflich, daß sie ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft vor der Zeit aufbrauchen, zumal heute ihr Lohn nicht mehr dieselbe Kaufkraft besitzt wie ehemals und deshalb auch die Ernährung nicht diejenige sein kann, welche ein so anstrengender Beruf erfordert. Wir bitten eine hochgeehrte Direktion, unsere Bitten nicht als unbescheiden gelten zu lassen und mit den von uns beauftragten Kollegen, welche zu diesem Zwecke in der am 18. März stattgefundenen Besprechung gewählt wurden, gütigst verhandeln zu wollen. Im Vertrauen auf das hochgeschätzte, schon öfters bewiesene Entgegenkommen gestatten wir uns wiederholt, die hochgeehrte Direktion wolle unsere Bitte in geneigte Erwägung ziehen, und sehen einer wohlwollenden Verbesse- rung entgegen und zeichnen usw.“ (Folgen die Unterschriften sämtlicher an Herdseuern beschäftigten Helfer.)

Dieses Bittgesuch wurde am 25. März dem Meister übergeben, damit er dasselbe nach Vorschrift an seine Adresse befördere, und zunächst 14 Tage vergebens auf Antwort gewartet. Nach Umfluß dieser Zeit begaben sich zwei Helfer zum Meister, um sich in höflicher Weise bei demselben nach dem Schicksale obigen Bittgesuchs zu erkundigen. Der Meister mußte das Sprichwort: „Ein gutes Wort findet einen guten Ort“ nicht kennen, denn unter andern Grobheiten sagte er: „Ich hab' die Bittschrift nicht gesehen.“ Es wurde nun abermals 14 Tage gewartet, in der Zwischenzeit aber beschlossen, eine Abschrift des ersten Bittgesuchs dem Herrn Direktor H. Buz persönlich zu überreichen. Nach Umfluß der 14 Tage begaben sich die Kollegen abermals zum Meister, denselben zu befragen; doch derselbe konnte abermals keine Auskunft geben. Nach einer Viertelstunde kam er aber zu einem Arbeiter und sagt ihm, im Betriebsbüro habe man ihm gesagt, die Sache würde in den nächsten Tagen erledigt. Auf diese Nachricht hin wurde nochmals 8 Tage gewartet. Als aber dann noch keine Antwort kam, mel- deten die beauftragten Arbeiter sich auf den Rapport zum Herrn Direktor Buz, denn sie gingen von der Annahme aus, daß dieser Herr das Bittgesuch nicht unter die Augen bekommen habe. Sonst ist es üblich, daß Arbeiter welche sich auf den Rapport melden, sofort vorgelassen werden. Besagte Arbeiter melbten sich aber am 28. April Mittag und wurden erst am 29. abends halb 6 Uhr vorgelassen. Bei dieser Gelegenheit irrte der Meister, welcher die Arbeiter zum Direktor führen sollte, im Verwaltungsgebäude von einem Stock in den anderen und mußte nicht, wo er hin sollte. Endlich kamen die Arbeiter vor den Direktor, aber es war nicht Herr Buz, sondern der stellvertretende, Herr R. Buz. Derselbe fertigte die Arbeiter mit den Worten ab: „Die gegenwärtige Geschäftslage erlaubt es nicht, daß der Bitte entsprochen werden könne. Wer glaubt, im Nachteil zu sein, der könne ja sehen, daß er anderswo Arbeit bekomme.“ Als die Arbeiter in ihre Werkstätten kamen, erfuhren sie, daß drei Kollegen ihre Entlassung bekommen hatten aus dem oben angegebenen Grund. Am 26. Mai folgten nochmals zwei Mann.

Am 28. Mai folgten abermals zwei Mann. Wie sich diese Maßregelung mit den Begriffen von Humanität vereinigen läßt, ist nicht zu begreifen. In Pirmasens sagten einige Fabrikanten, der Arbeiter habe kein Recht zu fordern, sondern nur zu bitten. In der Maschinenfabrik Augsburg scheint man auch das Recht der Bitte zu verlagern bezw. wenn davon Gebrauch gemacht wird, die Bitte mit Maßregeln zu bestrafen. Daß es so kommen konnte, daran sind auch die Arbeiter selbst schuld 1. weil sie nicht die Notwendigkeit der Organisation begreifen wollen, 2. befinden sich in der Maschinenfabrik Augsburg eine Anzahl „Kollegen“, welche die Kollegenchaft gegen Mitarbeiter sehr eigenwillig betätigen. Diese Leute rekrutieren sich vorzüglich aus jenem Verein, welcher sich auch „Arbeiterverein“ nennt. Arbeiter der Maschinenfabrik! Zu hunderten Malen hat man es geschrieben und gesprochen, Ihr habt es nicht geglaubt. Nun habt Ihr einen neuen Beweis, wie notwendig die Organisation ist als Mittel zur Abwehr. Darum, Arbeiter, hinweg einmal mit der Schlußmüde, mit klaren Augen die Verhältnisse anschaut, wie sie sind, und schließt sich jeder — auch der letzte Mann — der Organisation an, dann wird es etwas nicht mehr möglich sein. N.

Die großen Aussperrungen beendet.

Wenn auch zum Teil sich wieder-sprechende Berichte durch die Presse verbreitet wurden, wo der eine Teil behauptet, der Ausstand in Herbolzheim sei beendet und in andern, besonders sozialdemokratischen Blättern, daß der Ausstand weiter bestehe, so dürfte doch das erstere zutreffen. Das bekannte Kapitalisten-Organ

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt unter dem 10. Juni — nachdem es einige Krobobilstränen vergossen — daß 1000 Arbeiter nicht mehr eingestellt werden könnten — folgende Einigungsbedingungen. Die Arbeiter hatten durch eine Kommission den Arbeitgebern folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Die über die Firma Schäfermeyer & Hens verhängte Sperre wird sofort aufgehoben.
2. Die Fabrikanten stellen dagegen sofort möglichst alle ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen wieder ein. Sollten bei Eröffnung der Betriebe nicht sofort sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen untergebracht werden können, so werden die Arbeitgeber bestrebt sein, die vorläufig bei häufigungslos bleibenden in kürzester Frist einzustellen; vorher werden keine auswärtigen Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt. Seitens der Fabrikanten werden den Arbeitern und Arbeiterinnen beim Auffuchen einer Beschäftigung keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt.
3. Das Recht der Arbeiter, sich einer Organisation anzuschließen, bezw. ihr anzugehören, wird in keiner Weise von den Arbeitgebern angefaßt.
4. Zur Vermeidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern werden in allen Fabriken, wo sie noch nicht bestehen, Arbeiter-Ausschüsse, welche von den Arbeitern gewählt werden, eingerichtet. Alle Streitigkeiten, die nicht durch direkte Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den betreffenden Arbeitnehmern beigelegt werden können, müssen zunächst dem betreffenden Fabrik-Ausschuß zur Entscheidung vorgelegt werden. Wird eine Einigung auch dann nicht erzielt, so sind die betreffenden Streitfälle einem neu zu schaffenden paritätischen Einigungsamt zu unterbreiten. Dasselbe setzt sich zusammen a) 9 Vertretern der Arbeitnehmern, b) aus 9 Vertretern der Arbeitgeber, c) einem unparteiischen Vorsitzenden. Bei allen Verhandlungen des Einigungsamtes treten je 3 Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter unter Leitung des Vorsitzenden in Funktion.
5. Die ortsansässigen Arbeitnehmer brauchen bei Stellenwechsel den Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Vereins nicht zu benutzen.

Diese Vorschläge fanden jedoch nicht die Zustimmung der Fabrikantenvereinigung, vielmehr machten diese für die Arbeiter bedeutend schlechtere Gegenvorschläge, welche in einer gemeinsamen Sitzung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beraten wurden. In dieser Sitzung wurde folgendes vereinbart:

1. Nachdem die über die Firma Schäfermeyer & Hens verhängte Sperre aufgehoben ist und diese Firma nicht gehindert wird, ihren vollen Betrieb aufrecht zu erhalten, wird der Beschluß des Fabrikantenvereins vom 1. Mai d. J. bis auf weiteres keine organisierten Arbeiter einzustellen, aufgehoben. Die Fabrikanten sind bereit, von ihren entlassenen Arbeitern und Arbeiterinnen diejenigen wieder einzustellen, für die sie zur Zeit Verwendung haben. Bezüglich Wiedereinstellung der übrigen können sie keine Verpflichtung übernehmen, bei Einstellung weiterer Arbeiter werden sie aber die Einheimischen möglichst vorzuziehen. Denjenigen Arbeitnehmern, die von ihren früheren Arbeitgebern nicht wieder angenommen werden, sollen beim Auffuchen neuer Beschäftigung keine Schwierigkeiten seitens des Fabrikantenvereins in den Weg gelegt werden. Die entlassenen Arbeiter brauchen bei Wiederaufnahme der Arbeit auf ihrer früheren Arbeitsstelle den Arbeitsnachweis des Fabrikantenvereins nicht zu benutzen.
2. Sollte sich bei einzelnen der vereinigten Fabriken die eine oder andere Kategorie von Arbeitern in nicht genügender Zahl zur Wiederaufnahme der Arbeit finden, so daß dadurch der Betrieb nicht voll durchgeführt werden kann, so sind diese Abmachungen hinfällig. Deshalb werden die wieder einzustellenden Arbeiter bis auf Weiteres nur unter beiderseitiger Ausschließung der 14-tägigen Kündigungsfrist angenommen.
3. Ueber die Einstellung oder Entlassung von Arbeitern, sowie über die Annahme oder Ablehnung von Aufträgen entscheidet allein die Betriebsleitung, ohne Angabe von Gründen, wie es auch den Arbeitern jeder Zeit freisteht, das Arbeitsverhältnis mit der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist ohne Angabe von Gründen aufzulösen.
4. Die wiedereingestellten Arbeiter haben sich jeder Agitation in den Betrieben, sowie jeder Maßregelung Belästigung oder Beschimpfung von bisher Arbeitswilligen zu enthalten. Zuwiderhandelnde werden sofort entlassen.
5. In allen Fabriken, die mindestens 30 Arbeiter oder Arbeiterinnen beschäftigen, sollen, soweit es nicht bereits der Fall ist, Arbeiterausschüsse im Sinne der §§ 134b Abs. 3, 134d und 134h der N.-G.-O. errichtet werden, um Wünsche und Beschwerden der Arbeitnehmer zu prüfen und bei den Arbeitgebern vorzubringen. Streitfällen unterliegen nach wie vor der Entscheidung des Gewerbegerichts.

6. Jede Einmischung von Gewerkschaften, von Vertretern der Gewerkschaften oder sogenannten Arbeitersekretären in Betriebsangelegenheiten wird von den Arbeitgeberern entschieden zurückgewiesen. Verhandlungen mit den Genannten werden ein für allemal abgelehnt.

7. In der Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweisstelle des Fabrikantenvereins soll der Absatz 2 des § 6 folgenden Wortlaut erhalten:

Die Vertrauens-Kommission ist berechtigt, nach Anhörung des betreffenden Arbeiters, der Arbeitsnachweisstelle aufzugeben, ausländische oder solche Arbeiter, welche die Vertrauens-Kommission wegen Bruchs ihres Arbeitsvertrages oder aus sonstigen wichtigen Gründen für ungeeignet zur Beschäftigung in den Vereinswerkstätten erklärt, zeitweise bis zu 3 Monaten von der Zuweisung an die Arbeitgeber auszuschließen. Die Gründe der Ausschließung sind dem Arbeitsausschuß der betr. Fabrik mitzutellen.

Die Vertreter der Arbeitnehmer erklären laut der ihnen erteilten Vollmacht ihre Zustimmung zu der vorstehenden Vereinbarung und erkennen diese für die Arbeitnehmer als bindend an, während die Vertreter der Arbeitgeber ihre Zustimmung unter Vorbehalt der Genehmigung durch die General-Versammlung des Fabrikantenvereins erteilen.

Diese Abmachung wurde von der General-Versammlung der Fabrikanten- und Arbeitgeber-Vereinigung genehmigt.

Im Anschlusse an diese Versammlung der Arbeitgeber fand im Laufe des Nachmittags eine Versammlung der Arbeitnehmer statt, die ebenfalls die Abmachungen gut hieß, obgleich von Seiten der freien, d. h. sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern versucht wurde, die Zustimmung zu hintertreiben, was jedoch an dem gesunden Verstand der Hlerlohner Arbeiter scheiterte. (?) Uebrigens befinden sich fast die sämtlichen Führer der Streikleitung in Stellung und haben keinerlei Nachteile erlitten. (?) Zu bedauern bleibt, daß an 1000 Arbeiter nicht wieder eingestellt werden können, da es in den Betrieben teilweise an Aufträgen fehlt und daß teilweise die Fabrikation in dem bisherigen Umfange nicht wieder aufgenommen werden soll.

Soweit die Rheinisch-Westfälische Zeitung.

Interessant ist jedenfalls die Bemerkung, daß fast sämtliche Führer der Streikleitung in Stellung sich befinden und keinerlei Nachteile erlitten haben. Sollten wirklich die Fabrikanten aus lauter Liebe zur Organisation die Führer und Streikleiter vor Schaden bewahrt haben und zum Danke zuerst einstellen. Wer die Scharfmacher kennt, wird das nicht voraussetzen. Gewiß, soweit die Fabrikanten ihnen keinen Schaden zufügen können, wird es nicht geschehen. Der „Kniff“ ist zu durchsichtig, es soll dadurch Uneinigkeit zwischen den Arbeitern und ihren Führern ausgestreut werden. Wir können nicht denken, daß solch plumpe Manöver noch verfangen sollten. Die Arbeiter werden trotz alledem wissen wo sie ihre Freunde, aber auch wo sie ihre Feinde zu suchen haben. Erstere sicher nicht bei den Hintermännern der „Rh.-Westf. Ztg.“ Wer ist denn schuld, daß jetzt 1000 Arbeiter nicht wieder eingestellt werden können? Doch nur diejenigen, die den Arbeitern ihre Organisation vernichten wollten. Wenn die „Rh.-Westf. Ztg.“ dann den gesunden Verstand der Hlerlohner Arbeiter lobt, so hat das sein besonderes Bemerkendes.

Die „Rölnische Zeitung“, Scharfmacherblatt Nr. 2, ist denn vor Freude auch ganz aus dem Häuschen, sie bringt eine Zuschrift aus den Kreisen der „Fabrikantenvereinigung“ in welcher es heißt:

„Die Arbeiter haben nichts erreicht, als was ihnen jeder Fabrikant auch vorher aus freien Stücken gern bewilligt haben würden. Trotz der ungeheuren Opfer, welche die gesamten Metallarbeiter-Verbände Deutschlands mit 130000 Mitglieder gebracht haben — es sind allein an 300 000 Mark Unterstützungsgelder an die ausländischen und ausgeperrten Arbeiter gezahlt worden — hat man die Fabrikanten-Vereinigung einer einzigen Stadt wie Hlerlohn nicht zu zwingen vermocht, die Anerkennung der Arbeiter-Organisation als Vertreter der Arbeiter auszusprechen, man hat es nicht vermocht, die eingerichtete Arbeitsnachweisstelle des Fabrikantenvereins zu Fall zu bringen, ja, man hat es nicht einmal durchsetzen können, daß die Fabrikanten mit den Vertretern der Organisation über die Köpfe ihrer Arbeiter hinweg verhandelten. Das ist ein Ergebnis, welches an allen Orten Deutschlands den Arbeitgebern den Vorteil fester Arbeitgeber-Verbände klar vor Augen führt. Die Not hat den Arbeitgebern in Hlerlohn den allein richtigen Weg gezeigt, auf welchem den Uebergreifen mißleiteter Gewerkschaften zu begegnen ist. Die Bildung neuer Arbeitgeber-Verbände in unserm ganzen Industrie-Gebiet wird die Folge sein und durch den festen Zusammenschluß aller dieser Vereine dürfte leicht erreicht werden,

daß, wenn in Zukunft seitens der sozialdemokratischen Arbeitersekretäre (ist auch gut und die christlichen? D. R.) irgendwo der Friede in friedlicher Weise gestört wird, wie in Hlerlohn, den geschlossenen Arbeitermassen geschlossene Arbeitgeber-Verbände entgegenzutreten vermögen. Schwer sind die Opfer, welche die Hlerlohner Fabrikanten gebracht haben, aber groß ist auch der Sieg, und jeder der Fabrikanten ist fest überzeugt, daß wir nunmehr auf Jahre hinaus Ruhe in unsern Betrieben haben werden. Mögen die verführten Arbeiter, von denen nunmehr Hunderte arbeitslos geworden sind, aus dem Kampf ebenfalls die richtige Lehre ziehen.“

Unseres Erachtens hat die „Röln. Ztg.“ grade keinen Grund, allzu große Siegeshymnen anzustimmen. Gewiß werden die „verführten“ Arbeiter die richtige Lehre daraus ziehen, hoffentlich aber in anderm Sinne als es der „Röln. Ztg.“ erwünscht ist.

Die Arbeiter haben Grund mit dem Ausgang des Kampfes nicht sehr zufrieden zu sein, die Schwäche der Position liegt auf der finanziellen Seite, und diese werden sie ausmerzen müssen. Andererseits muß es offen ausgesprochen werden, daß mit dem unftinnigen Vorgehen — wie es vielfach beliebt wird — bei jeder Maßregelung des einen oder andern Verbandsmitgliedes sich Hals über Kopf in den Streik zu stürzen, endgültig gebrochen werden muß. Um einiger Gemahregelter willen wurde der Kampf begonnen und hunderte bleiben jetzt auf dem Kampffelde. Außerdem sind die großen Opfer fast umsonst gebracht. Wie die Zeitungen berichteten, sei es seitens des deutschen Metallarbeiter-Verbandes am letzten Auszahlungstermin nicht möglich gewesen, den Leuten die Unterstützung zukommen zu lassen, nur 3 und 5 Mark, den meisten Arbeitern sei gar keine Unterstützung gezahlt worden. Wir können z. B. nicht beurteilen inwiefern daselbst zutrifft, ließe dann aber einen solchen Friedensschluß als begründlich erscheinen. Wo die Mittel fehlen, hört eben alles auf; Streikbrecher waren dort verhältnismäßig nur wenig zu verzeichnen.

Sies haben die verschiedenen großen Aussperrungen unzweifelhaft bewiesen, daß zwar die Fabrikanten die Organisationen nicht mehr vernichten können, andererseits aber die Arbeiter bestrebt sein müssen, dieselben nach der finanziellen Seite hin bedeutend mehr auszubauen und zu stärken, wenn die Organisationen dem Ansturm des vereinigten Großkapitals standhalten sollen.

Hierzu aber sind Beiträge und zwar höhere Beiträge, wie sie von allen deutschen Gewerkschaften nur allein die Buchdrucker bezahlen, notwendig. Wiederholt haben wir ausgeführt, die Schwäche der deutschen Arbeiter liegt nicht mehr in der geringen Zahl der organisierten Arbeiter, sondern in der geringen Leistungsfähigkeit der Organisation resp. in den niedrigen Beiträgen. Das wissen unsere Fabrikanten ganz genau, und darauf bauen sie ihre Pläne auf, und nicht umsonst. Die großen Mitgliederzahlen allein tun es nicht. Das wird sich heute auch der 145 000 Mitglieder zählende Deutsche Metallarbeiterverband sagen müssen, der trotz der großen Zahl nach der „R. Z.“ unterlegen ist. Und doch war Hlerlohn im Verhältnis noch klein zu nennen. Wie sollte es erst sein, wenn z. B. Berlin zur Aussperrung käme, wo für jenen Verband allein zirka 35 000 Mitglieder in Betracht kommen.

Der Ausgang des Hlerlohner Streikes dürfte auch den Agitatoren des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nahe legen, gegenüber andern Organisationen etwas weniger rücksichtslos aufzutreten, als wie es vielfach bis heute geschehen ist. Manche Zwistigkeit könnte vermieden und manche Erbitterung beseitigt werden, die unnötiger Weise die Arbeiter schwächt und den Fabrikanten zu gute kommt. So wird z. B. in Fürth unseren Kollegen die mit zirka 30—35 Personen an der Aussperrung beteiligt sind, keine Vertretung in der Kommission zugebilligt, angeblich weil die Zahl nicht so groß sei. Auch hier wird noch mal ein ernstes Wort gesprochen werden. Möchten alle Arbeiter aus den Kämpfen die Lehre ziehen, gern und willig ihre Beiträge zu zahlen, ja von selbst auf Erhebung höherer Beiträge hindrängen. Damit die Verbandskasse stark und mächtig wird. Nur dann wird das Recht der Arbeiter gewahrt, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht, und der ganze Arbeiterstand in der Achtung steigen nach innen wie nach außen.

Möchten dieses sich besonders diejenigen merken, die immer viel verlangen, aber nichts bezahlen wollen, denen jeder Pfennig für die Organisation zu viel dünkt, die immer erst das Statut auf das eisrigste durchstöbern, ob nicht für jeden Pfennig den sie bezahlen müssen, für zwanzig Mark an Unterstützung herauszuschlagen ist. Mit diesem sogenannten Kassendardertum muß gründlich aufgeräumt werden. Wer nur das Unterstützungswesen im Auge hat, gibt niemals ein guter Gewerkschaftler. Es muß immer wieder betont werden: Die erste und wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist die Erstreben günstiger

Lohn- und Arbeitsbedingungen, und dazu gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Auch unsern Mitgliedern sei dieses zur Beherzigung dringend empfohlen. Besonders jetzt, wo fast alle Organisationen erhöhte Beiträge einzuführen gezwungen sind.

Eine Fehde

Ist zwischen dem Hirsch-Dunferschen Gewerksverein der Metallarbeiter und dem Deutschen Metallarbeiterverband in Berlin ausgebrochen. Ursache ist ein Streik bei der Firma Mehlich in Berlin, wo auch unser Verband mit einigen Kollegen beteiligt ist. Es kommen 500 Arbeiter in Frage, davon 20 Anhänger der Hirsch-Dunferschen Richtung.

Hauptforderung war die neunstündige Arbeitszeit und Regelung der Ueberstunden.

Nachdem der Streik ausgebrochen war, hatte auf Veranlassung eines angehenden Meisters, welcher Mitglied des Hirsch-Dunferschen Verbandes ist, ein Vertreter der Hirsch-Dunferschen Organisation (Gleichauf) mit der Direktion unterhandelt, und war ihm die neunstündige Arbeitszeit zum 1. Oktober zugebilligt worden, ebenfalls eine Lohnerhöhung von 25 Prozent auf Ueberstunden. Die freie Richtung verlangte daselbe aber sofort, und so kam es zum Konflikt. Die Anhänger der Hirsch-Dunferschen Gewerksvereine erklärten ihrerseits den Streik für beendet und nahmen die Arbeit wieder auf. Unbegreiflicherweise stellten sie dem Fabrikanten auch noch ihren Arbeitsnachweis zur Verfügung, d. h. es wurden den Fabrikanten seitens der Hirsch-Dunferianer, Arbeiter zugewiesen, welches nun Veranlassung gab, daß die „Freien“ ihre „feindlichen Brüder“ für Streikbrecher und Streikbrecher-Organisation erklärten. In vier Versammlungen, welche zu gleicher Zeit stattfanden, beschäftigte sich der Deutsche Verband mit dieser Angelegenheit. Auch die Hirsch-Dunferianer hatten eine Versammlung anberaumt, die von 1200 Personen besucht gewesen sein soll, wo die Lebenswürdigkeiten selbstverständlich erwidert wurden. Ein langes „Sündenregister“ wurde den Freien vorgehalten, wie sie bei anderen Streiks gehandelt hätten, wo durch einfaches Machtgebot seitens des Vorstandes Streiks beendet worden seien, gegen den Willen der Arbeiter, daß auch schon Streikarbeit unter Gutheißung des Vorstandes seitens der „Freien“ gemacht worden sei. Daß bei solcher Sachlage die Herren Fabrikanten sich ins Häuschen lachen können, ist selbstverständlich. Ein großer Teil der Schuld tragen hierbei auch die Freien, welche in geradezu rücksichtsloser Weise vorgehen und alles zu terrorisieren suchen, was sich ihnen nicht gebantenlos unterwirft. So sollen die Vertreter der Hirsch-Dunferschen Organisation, als sie das Resultat der Unterhandlungen mitteilen wollten, aus dem Saal gewiesen worden sein. Auf der anderen Seite wird es bestritten: es sei erst geschehen, nachdem dieselben schon angefangen hätten zu arbeiten. Der lachende Dritte ist der Fabrikant.

Wir sind begierig, welche Folgen dieses Vorkommnis unter den „feindlichen Brüdern“ in Rheinland und Westfalen hervorruft, wo bekanntlich die Hirsch-Dunferianer bei jeder Gelegenheit durch Dick und Dünn mit den „Freien“ gehen und fast nur noch als eine besondere Fiktion des freien Verbandes betrachtet werden.

Das Hirsch-Dunfersche oppositionelle Organ „Der Gewerksvereinsbote“ in Düsseldorf rückt denn auch weit vom Generalkrat ab, indem es erklärt, mit dem Vorgehen der Gewerksvereiner in Berlin nicht einverstanden zu sein.

Der Machtkrieg einzelner Größen ist schließlich die Ursache, daß mit den Interessen der Arbeiter Schindluder getrieben wird.

Der „freie“ deutsche Metallarbeiter-Verband

hielt zu Pfingsten in Berlin seine Generalversammlung ab. Die wichtigsten Beschlüsse, soweit sie uns interessieren, sind, daß die wöchentlichen Beiträge für männliche Mitglieder auf 40 Pfg., für weibliche auf 20 Pfg. pro Woche festgesetzt wurde. Außerdem ist der Vorstand berechtigt, bei außergewöhnlichen Vorkommnissen Extrabeiträge zu erheben. Ferner beschloß die Generalversammlung bis zum 1. Juli für alle männlichen Mitglieder den doppelten Wochenbeitrag, also 60 Pfg. pro Woche, zu erheben, da zur Zeit viele Streiks und Aussperrungen zu bestehen sind. Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung wurden folgende Sätze normiert: Bei einjähriger Mitgliedschaft 6 Mark pro Woche, bei zweijähriger 7 Mk., bei dreijähriger 8 Mk., bei vierjähriger 9 Mk. und bei fünfjähriger 10 Mk. pro Woche für männliche Mitglieder, Frauen die Hälfte. Diefelben Sätze hat bekanntlich auch unser Verband bei der Arbeitslosen-Unterstützung in Anrechnung gebracht.

Die Streckunterstützung, welche in diesem Verban-

Ebenfalls werden nur die gleichen Sätze bei Maß-

Bei außergewöhnlichen Fällen (als solche gelten un-

Sterbegeld, wie bei uns, wird im freien Verban-

Ferner wurde beschlossen, daß die Erhöhung der

Wir nehmen die Leute vom Deutschen Metallarbeiter-

Was sagen unsere gläubigen christlichen Arbeiter dazu,

Der sozialdemokratische Maurerverband hat, wie

Der freie Textilarbeiterverband hat die Mit-

Insgesamt wird der Zuwachs der freien Verbände

Besonders die politische Tagespresse auf jener Seite

Bezirken eine soziale Rückständigkeit, die haarsträubend

Der Hirsch-Dunkersche Gewerbeverein hat

Allgemeines.

Arbeitsgerichtliches.

Hat der Arbeitgeber einen Anspruch auf Rück-

Der Kläger stand bei dem Beklagten vom Frühjahr

Der Klage wurde stattgegeben.

Aus den Gründen. Der Kläger gehört als Diener

Dann ein Wirtschaftsdienstbote den Dienst verlassen,

Beklagte war beim Kläger vom 22. bis 26. v. Mts.

Der Klage ist abgewiesen.

Aus den Gründen: Die gemeinsame Benutzung eines

Die Verwendung der Invalidengelder zu

ber Versicherungsanstalten und Kassenrichtungen zu

Eine Petition

des 41 000 Mitglieder zählenden Werkmeister-Verbandes

Nachen. Die Firma Schwanemeyer ließ vor einigen

Zuzug ist fernzuhalten:

- Nachen, bei Schwanemeyer: Schlosser und Dreher.
Ohrenfeld: Former.
Fürth: Metallschläger.
Bockenheim: Klempner.
Schwelm: Schlossmacher.
Reyges: Former.
Düren: Fellenhauer bei der Firma Brud.
Stuttgart: Bauischlosser.

Kollegen, sammelt für unsere im Kampfe

Briefkasten der Redaktion.

Kollege M. in D.: Es ist mit Kanonen nach Spanien ge-

